

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 110 (2016)
Heft: 7-8

Artikel: Proportionierter Marktsozialismus : die Vergesellschaftung der Ökonomie durch freie Wahlen
Autor: Jäger, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn sich ein Axel Honneth am Nachdenken über die neue, nicht mehr kapitalistische Gesellschaft beteiligt, hat sie aufgehört, eine Utopie zu sein. Honneths kürzlich veröffentlichtes Buch *Die Idee des Sozialismus* ist darin stark, dass es davon abrät, das Neue nur als neue Ökonomie zu entwerfen. Wie der Autor zeigt, kann diese nicht einmal das Wichtigste sein. Wichtiger ist die Verwirklichung der grossen Losung der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüder- und Schwesterlichkeit – und dass sie nicht nur im Ökonomischen angestrebt wird, sondern auch in der Politik oder Liebe und Familie, die jeweils ihre Eigenlogik haben. Honneth hat recht, doch es stimmt auch, dass Ökonomie die «Basis» einer Gesellschaft bildet.

Ich beschränke mich auf die Frage der «Basis», knüpfe an Honneth an und gehe über ihn hinaus. Er gehört zu denen, die als Ökonomie, die dem Kapitalismus nachfolgt, nichts anderes als einen Marktsozialismus für möglich halten. Das sehe ich auch so, füge aber die Annahme hinzu, die zuerst von Ota Šik, dem Prager Reformier von 1968, erörtert wurde: Ein Marktsozialismus, der die Kapitallogik wirklich hinter sich lässt, ist seinerseits nur möglich, indem der Markt oder besser die Märkte gesamtgesellschaftlich gewählt werden.

Wie solche Wahlen aussehen könnten, skizziere ich weiter unten. Zuerst zeige ich, dass sie es sind, die an die Stelle der Kapitallogik treten. Ich lege die Kriterien von Karl Marx zugrunde und rekurriere auch auf Karl Polanyi.

Ware-Geld-Beziehung neu denken

Marx' Alternative zur Kapitallogik ist der «Verein freier Menschen», der die Proportionen der Ökonomie ins «richtige» Verhältnis «zu den verschiedenen Bedürfnissen» setzt (MEW 23, 93), statt dass «diese proportionelle Verteilung» sich unter der Form und Regie des «Tauschwert[s]» vollzieht (MEW 32, 552 f.). Marx hat zur Realisierung des Postu-

Michael Jäger

Proportionierter Marktsozialismus

Die Vergesellschaftung der Ökonomie durch freie Wahlen

Es braucht einen Markt ohne Kapitallogik, der von allen gelenkt wird. Eine visionäre Skizze zur selbstbestimmten Warenproduktion – und Gedanken darüber, was das Ziel der Revolution sein soll.

**WIRTSCHAFTS
–DEMOKRATIE**

lats eine gesellschaftliche ökonomische Planung für erforderlich gehalten, die an die Stelle der Warenproduktion treten würde. Er schreibt aber auch, nicht Warenproduktion an und für sich sei charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise, «wohl aber dies, dass Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produkts ist» (MEW 25, 886). Geht man vom zuletzt zitierten Satz aus, stellt sich die Frage, ob nicht eine nachkapitalistische Produktionsweise möglich ist, in der den «freien Menschen» die Planung der «richtigen» Proportionen unter Beibehaltung der Warenproduktion gelingt. Denn wenn nicht der Tauschwert – die Selbstverwertung des Werts –, sondern der freie Mensch die Proportionen festlegt, hat der Warencharakter aufgehört, «beherrschend und bestimmend» zu sein.

In dieser Richtung nachzudenken, nötigt uns zum einen die historische Entwicklung. Marx' Zurückweisung der Ware-Geld-Beziehung bestimmte das Denken der Bolschewiki, die die Sowjetunion gründeten, hat sich dort aber nicht bewährt. Zum ändern werden wir, von dieser Erfahrung sensibilisiert, darauf aufmerksam, dass Marx' Zurückweisung auf einem Denkfehler beruht: Die pure Quantität des Geldes führt nicht zwangsläufig, wie er annimmt, zur Strategie der unendlichen Vermehrung und damit zum Kapital. «Das Kapital als solches», schreibt er, «setzt nur einen bestimmten Mehrwert, weil es den unendlichen nicht at once setzen kann; aber es ist die beständige Bewegung, mehr davon zu schaffen» (MEW 42, 253). Das ist so, aber warum sollte die Gesellschaft gezwungen sein, diese Bewegung zuzulassen?

Die ökonomischen Wahlen, die ich vorstelle, haben diese beiden Seiten: Sie lassen keine unendliche Bewegung zu, begrenzen vielmehr von vornherein den Umfang der gesellschaftlichen Produktion, und sie legen innerhalb dieses Um-

fangs die Proportionen fest. Dass dieser Umfang begrenzt werden muss, folgt aus den ökologischen Erfordernissen, ohne dass deshalb zum «Verzicht» aufgerufen werden müsste. Wenn zum Beispiel eine heute vorhandene Proportion «motorisierter Privatverkehr verhält sich zu öffentlichem Nah- und Fernverkehr wie vier zu eins» durch freie Wahlen umgeändert wird in «wie eins zu vier», dann haben wir es nicht mit Verzicht, sondern mit einer Freigabe zu tun: Die Gesellschaft erlaubt es sich, den Umfang des öffentlichen Verkehrs wesentlich zu steigern. Sie «verzichtet» nicht auf mehrere Autos pro Familie, sondern wählt das Bessere. Und kein Kapital kann sie hindern. Heute ist es anders: Die Jugend hört auf, im ökologisch-schädlichen Auto ein Statussymbol zu sehen, das Kapital aber plant eine neue Gigageneration selbstfahrender Autos, und der Staat hilft mit, sie durchzusetzen. Die Gesellschaft wird nicht gefragt, stattdessen sagt man uns, «die technische Entwicklung» nehme diesen Verlauf und die Frage sei nur, wie man sich ihr am besten anpasse.

Maschinencharakter der Ökonomie

Solche «Proportionswahlen» sind mit den meisten Vorstellungen vom Übergang in eine nachkapitalistische Gesellschaft, die heute diskutiert werden, nicht vereinbar. Sie zielen auf ein neues ökonomisches Gesamtsystem, das als solches auch eingeführt werden müsste. Hiergegen spricht sich nicht nur Honneth aus, der stattdessen rät, Einzelverbesserungen nach und nach experimentell zu erproben; auch alle, die heute schon Tauschringe, kostenfreie Gemeinnutzung von Erfindungen und dergleichen praktizieren, glauben, den Kapitalismus auf diesem Weg allmählich zurückdrängen zu können. «Anstelle eines Masterplans», schrieb kürzlich Fabian Scheidler, «zeichnet sich ein Mosaik, ein Patchwork von sehr unterschiedlichen Ansätzen ab, die an die je-

weiligen lokalen und kulturellen Bedingungen angepasst sind.» Mit seinem eigenen Buchtitel aber – *Das Ende der Megamaschine* – lässt sich einwenden, dass es kaum möglich sein dürfte, eine Maschine durch «lokale» Veränderungen stillzulegen.

Wer das versucht, wird entweder Funktionsstörungen erreichen, die dazu führen, dass die Veränderungen rückgängig gemacht werden, oder es gelingt den Ingenieuren der Megamaschine, sie in deren Funktionieren zu integrieren. Oder aber es stellt sich heraus, dass sie marginal sind und die Megamaschine in ihrem gewöhnlichen Lauf gar nicht behindern. Die kapitalistische Ökonomie hat in der Tat Maschinencharakter, und zwar nicht nur in dem allgemeinen und mehr metaphorischen Sinn, wie er Scheidler vorschwebt. Man kann diese Maschine, die Karl Polanyi als solche benannt hat, mit einem Thermostaten vergleichen: Wie der Thermostat anspringt, wenn die Raumtemperatur von der Sollgrösse abzuweichen beginnt, tritt die Marktmaschine in Aktion, sobald Preise indizieren, dass Angebot und Nachfrage auseinanderdriften, und sucht dann ein «Gleichgewicht» herbeizuführen. Dieser ökonomische Thermostat hat allerdings die verrückte Eigenschaft, dass er sich seine Sollgrössen selbst gibt, statt ein Instrument in den Händen von Menschen zu sein.

Man könnte sagen, er ist wie ein Fahrrad ohne Lenkstange. Freilich nicht ohne Fahrer, denn er hat zwei Pedalen, und beide müssen getreten werden: Wie Polanyi zeigt, braucht es zwei Antriebsarten, die es vor dem Kapitalismus niemals gegeben hat, nämlich einmal den hilflosen Hunger der Arbeitenden, wenn sie die Arbeit verweigern wollten, und zum andern das völlig abstrakte, aus jedem kulturellen Kontext gerissene Gewinnstreben der Unternehmen. Indem wir die Lenkstange ergänzen, machen wir die Maschine zur Dienerin der Gesellschaft, statt dass sie wie heute ihre



Kein
Abbau!
Keine Krise!
Sozialdemokraten
Gewerkschafter

Herrin ist. Die lenkende Gesellschaft gibt ihr nur so viel Bewegungsreichweite, wie die Umwelt verkraften kann. Sie verändert auch das Antriebssystem. Die Maschine hängt nicht mehr von der Hunger-Drohung ab, denn alle erhalten das bedingungslose Grundeinkommen. Ebenso wenig vom Phantasma des «unendlichen Mehrwerts», da die möglichen Gewinne begrenzt werden.

Alle wählen die Proportionen

Mit der erstmals abgehaltenen Proportionswahl gründet sich die nachkapitalistische Gesellschaft. Danach wird periodisch alle sieben oder zehn Jahre gewählt, aber auch dann immer, wenn es hinreichend viele für erforderlich halten. Nehmen wir einmal an, unsere Ge-

Plakat von Hans Falk
für die SP der Stadt
Zürich und das
Gewerkschaftskartell,
1950. ©SozArch

sellschaft basiere bereits auf so einer Ökonomie, der in Deutschland angestrebte «Energimix» sei also Resultat einer Proportionswahl: keine Atomenergie mehr (hätte es ökonomische Wahlen gegeben, wäre sie dreissig Jahre früher am Ende gewesen), dafür Wind-, Wasser-, Sonnen-, auch Bioenergie im beschlossenen mengenmässigen Verhältnis zueinander und für eine Übergangszeit, sehr reduziert, auch Kohle. Nun wird der Gesellschaft plötzlich ein Problem bewusst: Sie hat übersehen, dass der Bioenergieanbau mit dem Anbau menschlicher Nahrungsgrundmittel ungünstig konkurriert. Dies führt zur Neuwahl. Die Neuwahl muss dann alle Proportionen anpassen, obwohl sie nur von einer (Bioenergie zu anderen Energien) motiviert ist, denn alle hängen zusammen.

Dafür werden nun alternative Programme ausgearbeitet, die strikten Kriterien genügen müssen. Jedes muss dieselbe Liste von Fragen beantworten, etwa wie sich der eigene Vorschlag auf die Gesamtökonomie auswirkt. Programme vorlegen können alle, BürgerInnenvereinigungen, Parteien, auch die Regierung oder die Kohlelobby. Aber wenn die Lobby mehr Kohle vorschlägt, muss sie auch Angaben über den Schadstoffausstoss machen. In den uns bekannten parlamentarischen Wahlkämpfen setzt sich die beste Rhetorik durch. Hier müssen die Folgen und Nebenfolgen der versprochenen Ziele vorgerechnet werden. Und nicht nur das unterscheidet die Wahlkämpfe. Zum einen werden präzise Debatten zwischen den VertreterInnen der Programme geführt, ähnlich wie beim Streit um Stuttgart 21, der wochenlang vor laufender Kamera ausgetragen wurde. Zum andern ist das Mediensystem reformiert: Alle Programme können in jedem Medium von ihren eigenen VertreterInnen gegen den Standpunkt und die Argumente des Mediums verteidigt werden.

Die ökonomische Wahl ist dennoch

keine zwischen den Programmen, sondern jedeR wählt die Proportionen des eigenen Portemonnaies. Und zwar des gegenwärtigen. Wohl mögen sich Kaufkraft und Präferenzen der Einzelnen im Lauf einer Wahlperiode verändern, doch die Verteilung der Lebensalter bleibt ungefähr gleich, und so repräsentiert jedeR eine Altersgruppe, die nachwächst. Das Wahlergebnis ist also weiter nichts als eine Summe von Einzelentscheidungen. Aber jedeR hat vorher den Kampf der Programme erlebt, so dass diese ein Entscheidungsfaktor sind. Gerade deshalb kann man sich von solchen Wahlen etwas versprechen. Denn nicht nur darin liegt ihr Nutzen, dass sie es der Nachfrage erlauben, sich gegen das Angebot durchzusetzen. Ein noch grösserer Nutzen kommt hinzu: dass sich infolge des Wahlkampfes die Nachfrage verändern kann. Dafür, dass die Bevölkerung sich ökologisch sensibilisiert, sind bessere Bedingungen gar nicht vorstellbar. Oder dafür, dass sie mehr vom Eigenen abgibt zur Beseitigung der Weltarmut. Denn auch das ist eine Frage der innergesellschaftlichen ökonomischen Proportionen. Es gibt zu diesem Veränderungsweg gar keine Alternative, da die ökologische oder Sozialdiktatur nicht in Betracht kommt und auch scheitern würde.

Das Ökonomische ist öffentlich

Bleibt die Frage, wie die ökonomischen Wahlergebnisse durchgesetzt werden. Sie ist nicht mit der Frage zu verwechseln, wie das System ökonomischer Wahlen als solches durchgesetzt wird, gegen den Widerstand des Kapitals. Das wäre die Frage nach der nächsten Revolution, die natürlich auch beantwortet werden muss, hier aber nicht mein Thema ist. Nur so viel dazu: Sie wird wahrscheinlich eine lange Vorbereitungszeit brauchen, wie es den Revolutionen von 1789 und 1917 ja nicht anders ergangen ist. Vielleicht geht es diesmal etwas schneller, weil die ökologischen Katastrophen sich häufen werden. Aber ohne

Geduld und Hartnäckigkeit wird es nicht gehen. Und weiter: Es kann nur eine friedliche Revolution sein, auch wenn man das nach aller bisherigen Geschichte für eine absurde Erwartung halten mag. Absurd war es aber schon 1917, dass die russische Revolution insgesamt 13 Millionen Todesopfer kostete, während es im ganzen Ersten Weltkrieg, alle Staaten zusammengerechnet, 17 Millionen Tote gab. Die russische Revolution kostete auch deshalb so viele Tote, weil sie sich über den Widerstand der grossen Mehrheit der Bevölkerung hinwegsetzte (die Verfassungsgebende Versammlung, in der die Bolschewiki in der Minderheit waren, wurde auseinandergejagt) – dergleichen darf sich nicht wiederholen.

Die Revolution ist ein Thema, das ich hier nicht behandle, abgesehen von einem Punkt: Man muss wissen, wohin sie eigentlich führen soll! Das ist offenbar ihre erste Bedingung, und dahin kehre ich jetzt zurück. Es ist also vorausgesetzt, dass es bereits kein Kapital mehr gibt – die Revolution war siegreich, die neue Gesellschaft ist gegründet. Es gibt aber einen Markt, also Unternehmen, die im Privatbesitz oder in der Hand der Beschäftigten sein können (Aktiengesellschaften werden generell in «Mitarbeitergesellschaften» umgewandelt, wie das schon Ota Šik vorgeschlagen hat). Solche Unternehmen sind es, gegen die sich die Gesellschaft durchsetzt: Das Hauptmittel ist, dass es keine verborgenen ökonomischen Vorgänge mehr geben wird. Alles Ökonomische ist öffentlich, da es keiner Intimsphäre angehört, sondern gesellschaftliche Dienstleistung ist. Die Computerisierung ermöglicht eine solche Ökonomie, in der sich die Unternehmen dann auch gegenseitig auf die Finger schauen. Die Preisbildung zum Beispiel wird durchsichtig sein und muss sich rechtfertigen können nach Kriterien, die die Gesellschaft setzt.

Am meisten machen die Wahlen selbst eine solche Ökonomie durchset-

zungsmächtig. Man sieht es heute schon an den Parlamenten. Dass sie aus Wahlen hervorgehen, hat zur Folge, dass gegen parlamentarisch beschlossene Gesetze und eingesetzte Regierungen kein aussengesetzlicher Widerstand möglich ist – in der Schweiz sind Referenden gesetzlich vorgesehen – oder auch nur versucht wird. Die Proportionswahlen werden über ebenso viel Legitimation verfügen. Ihre Ergebnisse sind Gesetz, das vom Parlament, von der Regierung, von jedem Unternehmen übernommen und erfüllt werden muss. ●

Literatur

Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*. Berlin 2015.

Marx-Engels-Werke (MEW). Berlin 1959 ff.

Fabian Scheidler: *Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation*. Wien 2015.

Karl Polanyi:

- *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt/M. 1978 (Erstausg. 1944).

- *Unser obsoletes marktwirtschaftliches Denken*, in: *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1979.

Michael Jäger, *1946, Politologe und Publizist, ist Redaktionsmitglied der Berliner Wochenzeitung der Freitag.

michael.jaeger@freitag.de

Zu den Bildern

Zur Illustration des Themas «Wirtschaftsdemokratie» lassen wir hier Abstimmungsplakate der SP und der Gewerkschaftsbewegung aus den Jahren 1920 bis 1984 sprechen. Sie zeigen, dass Errungenschaften und gesellschaftliche Standards immer erkämpft werden müssen, dass soziale Partnerschaft, wenn sie denn existiert, ein heikles, verderbliches Gut ist, das es zu schützen gilt.

Die Plakate sind dem Buch «Einig – aber nicht einheitlich», das 2013 zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erschienen ist, entnommen. Leider können wir hier die Bilder nur schwarz/weiss zeigen.

François Baer

Die Copyrights sind beim Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich (SozArch), dem Musée Historique Lausanne (MHL) und dem Museum für Gestaltung Zürich (MfGZ).
